

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 24.11.2017

N i e d e r s c h r i f t

der 12. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 08.11.2017,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3, Zum Weiher 33,
35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 21:35 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich Ortsvorsteher
Herr Arne Sommerlad

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Winfried Wagenbach

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Dr. Burkhard Sanner

Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz

Vom Magistrat:

Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin (ab 20:10 Uhr)

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Eva Janzen SPD-Fraktion
Frau Annette Greilich FDP-Fraktion

Ortsvorsteher Dr. Greilich eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ortsbeirates am 13.09.2017
2. Bürgerfragestunde
3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
4. Mitteilungen und Anfragen
5. Bebauungsplan Nr. G 11 „Margaretenhütte“ 1. Änderung und Erweiterung;
hier: Erneute Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 10.10.2017 - STV/0817/2017
6. Bericht zur Umsetzung der Einrichtung eines Radstreifens in der Frankfurter Straße
- Antrag des Ortsvorstehers vom 23.10.2017 - OBR/0837/2017
7. Bericht über den Drogenhandel und- konsum an der Brüder-Grimm-Schule
- Antrag der FDP-Fraktion vom 27.10.2017 - OBR/0845/2017
8. Anbindung der Lahnstraße an die Frankfurter Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2017 -, hier: Vorstellungen der Planungen OBR/0767/2017
9. Beratung des Entwurfes zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2018
- 9.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018
- Antrag des Magistrats vom 18.08.2017 - STV/0742/2017
- 9.2. Haushaltsanträge der Fraktionen

- 9.2.1. Anschaffung Geschwindigkeits-Messgerät - Eintrag in den Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen, Nr. 322009002
- Antrag von Herrn Prof. Dr. Lutz vom 11.10.2017 - OBR/0851/2017
10. Regelung zum Verkehr in der Straße "Sportfeld"
- Antrag von Herrn Prof. Dr. Lutz vom 11.10.2017 - OBR/0852/2017
11. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ortsbeirates am 13.09.2017

Herr Dr. Sanner, SPD-Fraktion bittet die Überschrift zu TOP 2.1 der Niederschrift zu ändern. Sie müsse richtigerweise lauten: „Hundetagesstätte im Brandweg“ Im folgenden Text gelte das gleiche.

Die Lärmbelästigung sei zwar in der Hauffstraße zu hören, die Hundetagesstätte befinde sich jedoch im Brandweg.

Die Niederschrift wird geändert einstimmig genehmigt.

2. Bürgerfragestunde

2.1. Hundetagesstätte im Brandweg

Herr Christian Stein, Anwohner Friedhofsweg, gibt einige Fragen bezüglich der Hundetagesstätte im Brandweg zu Protokoll. Die Fragen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2.2. Fußweg im Brandweg

Frau Silvia Cordes, Anwohnerin Hauffstraße, möchte wissen, ob es sich bei dem Fußweg entlang der Hundetagesstätte im Brandweg um einen Privatweg handle. Der Betreiber der Tagesstätte parke sein Auto oft auf diesem Weg, so dass Fußgänger ihn nicht mehr nutzen können. Er vermittele den Eindruck als handle es sich bei diesem Weg um einen Teil seines Grundstücks.

2.3. **Beschwerde beim Ordnungsamt bezüglich der Lärmbelästigung durch die Hundetagesstätte**

Frau Christel Volk schildert, dass Sie als Anwohnerin der Friedhofsstraße 37 seit Wochen zu jeder Tagesszeit durch bellende Hunde gestört werde. Sie betont, da es sich um eine Hundetagesstätte handle und nicht um eine Hundepension, müsste zumindest in den Abendstunden dort Ruhe herrschen.

Sie habe mehrfach beim Ordnungsamt angerufen und sich beschwert. Bei einem Anruf unter der Rufnummer 306 -1905 wurde ihr von dem Mitarbeiter des Ordnungsamtes gesagt, ihre Stimme sei ja etwas ältlich, sie habe wohl ihr Hörgerät falsch eingestellt.

Sie habe kein Verständnis dafür, dass berechnigte Beschwerden von Anwohnern nicht ernst genommen werden und sie sich eine derartige Unverschämtheit gefallen lassen müsse.

2.4. **Abbiegen vom Maipplatz in die Frankfurter Straße**

Frau Dagmar Hinterlang schildert, dass das Abbiegen vom Maipplatz in die Frankfurter Straße schwierig sei, da man an dieser Stelle nur sehr schlecht durch parkende Autos hindurchschauen könne. Sie möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gebe, die Gefährdungslage an dieser Stelle zu minimieren.

3. **Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen**

Folgende Stellungnahmen des Magistrats liegen vor.

- Illegale Ablagerungen im Bereich der Hohl, Top 5,10. Sitzung des OBR Kleinlinden, am 21.06.2017
- Fahrbahndecke im Friedhofsweg, TOP 2, 10. Sitzung OBR Kleinlinden, am 21.06.2017

Ortsvorsteher Dr. Greilich erinnert an noch ausstehenden Antworten des Magistrats zu folgenden Anträgen:

- Beseitigung der Mängel auf dem Friedhof
- Antrag des Ortsvorstehers vom 21.08.2017 - OBR/0760/2017
- Berichts Antrag zum Hundelärm in der Hauffstraße
- Antrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2017 - OBR/0768/2017
Diese Antwort sollte oberste Priorität haben!

- Sachstand Kriegerdenkmal auf dem Friedhof

4. **Mitteilungen und Anfragen**

Ortsvorsteher Dr. Greilich teilt mit, er habe das Protokoll des Ortstermins „Schwimmbad“ an Herrn Funck, Stadtwerke Gießen geschickt. Er dankt Frau Janetzky-Klein für das Erstellen des Protokolls.

Ortsvorsteher Dr. Greilich gibt bekannt, er habe eine Spende anlässlich der Pflanzung eines Lutherbaums an die Kirchengemeinde übergeben dürfen. Weiter erinnert an die Veranstaltung am Totensonntag, 26.11.2017, in der Kirche und auf dem Friedhof Kleinlinden. Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, wird in diesem Jahr für den Ortsbeirat sprechen.

5. **Bebauungsplan Nr. G 11 „Margaretenhütte“ 1. Änderung STV/0817/2017 und Erweiterung; hier: Erneute Einleitung des Bebauungsplanverfahrens - Antrag des Magistrats vom 10.10.2017 -**

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Einleitung des Verfahrens zur 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. G 11 ‚Margaretenhütte‘ erneut beschlossen, da sich gegenüber der am 06.10.2011 beschlossenen Einleitung geänderte und auch neue Planungsziele ergeben haben.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs.1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i. V .m. § 4a BauGB ist durchzuführen. “

Ortsvorsteher Dr. Greilich wirft die Frage auf, ob eine Verbrennungsanlage für Klärschlamm geplant sei.

Er möchte weiterhin erfahren, ob es zur Westtangente planungsrechtlich etwas Neues gebe.

Stadträtin Eibelshäuser sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, CDU, StE: FDP)

**6. Bericht zur Umsetzung der Einrichtung eines Radstreifens
in der Frankfurter Straße
- Antrag des Ortsvorstehers vom 23.10.2017 -**

OBR/0837/2017

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat zu berichten, wann mit der Umsetzung der Einrichtung eines Radstreifens in der Frankfurter Straße gerechnet werden kann.“

Begründung:

Im Herbst 2014 hat der Ortsbeirat den FDP Antrag zur möglichen Einrichtung eines Radstreifens in der Frankfurter Straße (OBR / 2442 / 2014) beschlossen.

Der Beschluss erfolgte mit der Begründung, dass eine Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger gegenüber der zur Zeit bestehenden gemeinsamen Verkehrsführung von Radfahrern und Fußgängern auf dem Gehweg der Frankfurter Straße insbesondere in der Gefällstrecke zwischen Waldweide und Wetzlarer Straße dringend erforderlich ist.

Während der damaligen Sitzung des Ortsbeirates hat die Bürgermeisterin Weigel – Greilich erklärt, dass die aktuelle Rechtsprechung die gemeinsame Führung von Radweg und Gehweg nicht zulasse.

In ihrem Antwortschreiben vom 23. Februar 2015 hat die Bürgermeisterin angekündigt, dass bis dahin wegen Zeitknappheit eine Prüfung der Fragestellung im „Runden Tisch Radverkehr“ nicht erfolgen konnte und im Frühjahr erfolgen werde.

Die angekündigte weitere Nachricht an den Ortsbeirat ist bis heute nicht eingegangen und sollte angesichts des von der Bürgermeisterin eingeräumten rechtswidrigen Zustand dringend nachgeholt werden, damit der Radstreifen in der Frankfurter Straße endlich umgesetzt werden kann.

Stellv. Ortsvorsteherin Helmchen übernimmt den Vorsitz.

Herr Dr. Greilich verliest Antragstext und Begründung.

Herr Prof Dr. Lutz erinnert in diesem Zusammenhang an seinen Antrag bezüglich des Radwegs Schubertstraße.

Herr Dr. Sanner, SPD-Fraktion, betont, es sei wichtig eine nördliche Fortsetzung des Radweges zu gestalten. Er werde dem Antrag zustimmen, da er die Einrichtung eines Radstreifens auf der Fahrbahn für die einzige Möglichkeit auf dieser Straße halte.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Ortsvorsteher Dr. Greilich übernimmt wieder den Vorsitz.

7. Bericht über den Drogenhandel und- konsum an der Brüder-Grimm-Schule OBR/0845/2017
- Antrag der FDP-Fraktion vom 27.10.2017 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat über Drogenhandel und -konsum an der Brüder-Grimm-Schule innerhalb und insbesondere auch außerhalb der Unterrichtszeiten vor?
2. Welche Maßnahmen wurden bisher zur Eindämmung von Drogenkonsum und -handel an der Brüder-Grimm-Schule ergriffen?
3. Wie oft war insbesondere in diesem Zusammenhang die Jugendsozialarbeit in den Jahren 2016 und 2017 in den Abendstunden an der BGS vor Ort tätig?
4. Welche zusätzlichen über die bisherigen Maßnahmen hinausgehenden Wege plant der Magistrat zur Eindämmung von Drogenhandel und -konsum an der BGS wann zu ergreifen?“

Begründung:

Immer häufiger melden insbesondere besorgte Eltern betroffener Jugendlicher, dass Drogenkonsum und -handel insbesondere in den Abendstunden auf dem Gelände der BGS immer offener und offensichtlich ohne Furcht vor irgendwelcher Ahndung stattfinden.

Die Fragen des Berichtsantrages benötigen dringend wirksame Antworten, um dieses hochgefährliche soziale Problem wenigstens näherungsweise einer Lösung näher bringen zu können.

Herr Sommerlad, FDP-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Herr Sommerlad äußert sein Unverständnis über die hohen Wellen die sein Antrag im Vorfeld geschlagen habe. Es handele sich hierbei lediglich um einen Berichtsantrag, nicht um irgendwelche Unterstellungen oder gar Vorwürfe an die Schulleitung der Brüder-Grimm-Schule.

Herr Dr. Sanner, SPD-Fraktion erklärt, er könne die Verärgerung der Schulleitung nachvollziehen. Allerdings würde dem Antrag die Schärfe genommen, wenn man aus dem Betreff das Wort „den“ streiche.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, erklärt, er werde den Antrag ablehnen, da die FDP-Fraktion einen ähnlichen Antrag in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung eingebracht habe und er es für unsinnig halte, im Ortsbeirat einen Antrag gleichen Inhalts zu beschließen.

Nach weiterer ausführlicher Aussprache an der sich die Ortsbeiratsmitglieder Janetzki-Klein, Helmchen, Dr. Greilich, Wagenbach und Stadträtin Eibelshäuser beteiligen ändert bzw. ergänzt Herr Sommerlad den Antragstext wie folgt:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat über Drogenhandel und -konsum **auf dem Gelände** der Brüder-Grimm-Schule innerhalb und insbesondere auch außerhalb der Unterrichtszeiten vor?
2. Welche Maßnahmen wurden bisher zur **Abwehr** von Drogenkonsum und -handel **auf dem Gelände** der Brüder-Grimm-Schule ergriffen?
3. Wie oft war insbesondere in diesem Zusammenhang die Jugendsozialarbeit in den Jahren 2016 und 2017 in den Abendstunden **auf dem Gelände der** BGS vor Ort tätig?
4. Welche zusätzlichen über die bisherigen Maßnahmen hinausgehenden Wege plant der Magistrat zur **Abwehr** von Drogenhandel und -konsum an der BGS wann zu ergreifen?“
5. **Welche Erkenntnisse liegen weiterhin zum Drogenhandel an Plätzen in Kleinlinden vor.**

Beratungsergebnis: Geändert Mehrheitlich beschlossen
(Ja: SPD, GR, FDP, 1 CDU; Nein: 1 CDU)

8. **Anbindung der Lahnstraße an die Frankfurter Straße** **OBR/0767/2017**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2017 -, hier:
Vorstellungen der Planungen

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, den Ortsbeirat über die Planungen zur Anbindung der Lahnstraße an die Frankfurter Straße nach Fertigstellung der vorgesehenen Verbreiterung der Lahnstraße und Vergrößerung der Durchfahrtshöhen im Bereich der Bahnbrücken zu informieren und den Ortsbeirat bei diesen Planungen mit einzubeziehen.

Der Ortsbeirat bittet vor allem darum, dafür Sorge zu tragen, dass nach dem Abschluss der Maßnahme der zu erwartende ansteigende Verkehr (einschließlich Schwerverkehr und Fernbusse) über die Kreuzung Frankfurter Straße / Robert-Sommer-Straße und den Ringanschluss und nicht durch Kleinlinden (über die Frankfurter Straße und ggf. Wetzlarer Straße) geführt wird.“

Begründung:

In seiner Sitzung vom 29.4.2015 hat der Ortsbeirat der Vorlage STV/2661/2015 zur Einordnung der Lahnstraße als „verkehrswichtige innerörtliche Straße“ zugestimmt, dabei aber seine Bedenken bezüglich der Anbindung an die Frankfurter Straße

festgestellt und diese in OBR/2719/2015 (einstimmig beschlossen) auch dargelegt. Zu diesen Bedenken hat der Ortsbeirat noch keine Lösungsvorschläge oder Planungen von Seiten des Magistrats erhalten.

Da nun, wie aus der Presse zu entnehmen ist, die ersten Vorarbeiten zur Erweiterung der Bahn-Durchfahrten früher als erwartet anlaufen, erscheint es geboten, die Planungen für die Verkehrsführung nach Abschluss der Maßnahmen zeitnah zu beginnen und den Ortsbeirat wegen der Bedeutung für die Verkehrssituation in Kleinlinden dabei zu beteiligen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt, da kein Bericht des Magistrats vorliegt.

9. Beratung des Entwurfes zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2018

9.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 STV/0742/2017 - Antrag des Magistrats vom 18.08.2017 -

Antrag:

- „1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2018 wird gemäß §§ 94 ff. HGO beschlossen.
2. Das dem Haushaltsplan 2018 beigefügte Investitionsprogramm gemäß § 101 Abs. 3 HGO wird beschlossen.
3. Die im Haushaltsplan 2018 enthaltene Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 101 Abs. 1 HGO wird zur Kenntnis genommen.“

Begründung:

Gemäß § 97 Abs. 1 HGO stellt der Magistrat den Entwurf der Haushaltssatzung fest und legt ihn der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Die von den einzelnen Dezernaten bzw. Ämtern eingereichten Mittelanmeldungen wurden auf die Beachtung der Grundsätze nach der Gemeindeverfassung geprüft und im Magistrat beraten. Die sich daraus ergebenden Festsetzungen für die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan wurden festgestellt.

Nach der Beschlussfassung des Haushalts 2018 durch die Stadtverordneten und nach erfolgter Beschlussfassung über die Änderungsanträge, bitten wir der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2018 zuzustimmen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR; Nein: FDP).

9.2. Haushaltsanträge der Fraktionen

9.2.1. Anschaffung Geschwindigkeits-Messgerät
- Eintrag in den Haushaltsplan der Universitätsstadt
Gießen, Nr. 322009002 -
- Antrag von Herrn Prof. Dr. Lutz vom 11.10.2017 -

OBR/0851/2017

Antrag:

„Anschaffung Geschwindigkeits-Messgerät“ Hhst. 322009002

„Wir bitten um Erweiterung des Haushalts 2018 um 2 Dialog- Displays der Art ‚Smiley‘ mit Sonnenkollektor-Aufladung für eine Aufstellung in der oberen Frankfurter Straße auf beiden Seiten.“

Begründung:

Die Frankfurter Straße ist als B3 eine Durchgangs- und Hauptstraße. Sie ist die zur Zeit meist befahrene Straße in Kleinlinden. Der KFZ-Verkehr rollt tags und nachts mit teils weit überhöhter Geschwindigkeit durch unseren Vorort. Besonders in der Nähe des Ortsaus-/eingangs wird mit dem PKW und dem Motorrad gerast. Das verursacht nicht nur Belästigung durch Lärm, sondern auch einen überhöhten Ausstoß von Schadstoffen und gefährdet andere Verkehrsteilnehmer, v.a. bei Unfällen. Die Anwohner klagen schon über Jahre hin über große Probleme. Um die angesprochenen Gefahren zu mindern, sollen Kraftfahrer daran erinnert werden, dass innerorts eine Geschwindigkeit von maximal 50 km/h gilt. Das kann ein Smily auf nette Art. Im oberen Teil der Frankfurter Straße sehen wir einen sehr hohen Bedarf zur und eine gute Möglichkeit der Einflussnahme in Richtung Verkehrsberuhigung. Leider ist im Entwurf zum Haushaltsplan 2018 kein derartiges Gerät vorgesehen.

Nach kurzer Aussprache ergänzt Herr Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, den Antragstext wie folgt:

„Anschaffung Geschwindigkeits-Messgerät“ Hhst. 322009002

Wir bitten um Erweiterung des Haushalts 2018 um 2 Dialog- Displays der Art ‚Smiley‘ mit Sonnenkollektor-Aufladung für eine Aufstellung in der oberen Frankfurter Straße **zwischen Heide und Allendorfer Straße** auf beiden Seiten.“

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

10. Regelung zum Verkehr in der Straße "Sportfeld"
- Antrag von Herrn Prof. Dr. Lutz vom 11.10.2017 -

OBR/0852/2017

Antrag:

„Wir bitten um die Aufstellung von Pflanzkübeln in der Straße Sportfeld, um die Geschwindigkeit von Kraftfahrzeugen dem vorgegebenen Rahmen einer 30-km-Zone anzupassen.“

Begründung:

Anwohner der Straße Sportfeld klagen über zu hohe Geschwindigkeiten von Kraftfahrzeugen und die damit heraufbeschworenen Gefahren für die Anwohner (s. Protokoll der OBR-Sitzung vom 13. 9. 2017, Nr. 2.3.). Sogar der Bürgersteig wird zum Überholen eingesetzt. In dem Bereich wohnen mehrere Familien mit kleinen Kindern. Hohe Fahrgeschwindigkeiten werden erleichtert und damit die Unfallgefahr wird erhöht, wenn die PKW über längere Strecken hin in einer Reihe geparkt werden. Das ist im vorderen Teil des Sportfelds bis zur Bahnunterführung üblich. Parkende PKW ergeben dann eine Hemmschwelle gegen schnelles Fahren, wenn sie nicht mehr in einer Reihe, sondern versetzt zu erfolgen haben. Dazu kann das Aufstellen von Pflanzkübeln dienen.

Herr Prof. Dr. Lutz verliest Antragstext und Begründung.

Nach kurzer Aussprache, an der sich die Ortsbeiratsmitglieder Wagenbach, Prof. Dr. Lutz, Janetzky-Klein und Dr. Greilich beteiligen, ändert der Antragsteller den Antrag und die Begründung wie folgt:

Antrag:

„Wir bitten **zu prüfen ob z.B. durch** die Aufstellung von Pflanzkübeln **oder anderer geeigneter Maßnahmen** in der Straße Sportfeld, die Geschwindigkeit von Kraftfahrzeugen dem vorgegebenen Rahmen einer 30-km-Zone **angepasst werden kann.**“

Begründung:

Anwohner der Straße Sportfeld klagen über zu hohe Geschwindigkeiten von Kraftfahrzeugen und die damit heraufbeschworenen Gefahren für die Anwohner (s. Protokoll der OBR-Sitzung vom 13.9.2017, Nr. 2.3.). Sogar der Bürgersteig wird zum Überholen eingesetzt. In dem Bereich wohnen mehrere Familien mit kleinen Kindern. Hohe Fahrgeschwindigkeiten werden erleichtert und damit die Unfallgefahr wird erhöht, wenn die PKW über längere Strecken hin in einer Reihe geparkt werden. Das ist im vorderen Teil des Sportfelds bis zur Bahnunterführung üblich. Parkende PKW ergeben dann eine Hemmschwelle gegen schnelles Fahren, wenn sie nicht mehr in einer Reihe, sondern versetzt zu erfolgen haben. Dazu kann das Aufstellen von Pflanzkübeln dienen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

11. Verschiedenes

- **Herr Wagenbach**, CDU-Fraktion, bittet darum, dass die Auswertung der in Höhe der Poststelle in Kleinlinden erfolgten Geschwindigkeitsmessungen dem Ortsbeirat zur Verfügung gestellt wird.

- **Frau Janetzky-Klein**, Bündnis 90/Die Grünen bemängelt, dass das in der Wetzlarer Straße installierte Dialog Display in der Wetzlarer Straße noch immer nicht funktioniere.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, 13.12.2017, um 20:00 Uhr, statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 04.12.2017, 8:00 Uhr.

DER ORTSVORSTEHER:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz